

➔ **VN INTERVIEW.** Dr. Hannes Androsch, Finanzminister a. D., zur Ära Kreisky

# Kreisky nutzte seinen Erfolg

**ÖVP hatte Wahlsieg von 1966 völlig missverstanden – gute Verhältnis zu Vorarlberg.**

Bei den Nationalratswahlen am 1. März 1970 wurde die SPÖ erstmals stimmenstärkste Partei. Bruno Kreisky bildete ein Jahr später die absolute Mehrheit. Dr. Hannes Androsch wurde mit 32 Jahren jüngster Finanzminister und später auch Vizekanzler. Vor 40 Jahren begann die Ära Kreisky. Welche Erinnerungen verbinden Sie damit?

**DR. HANNES ANDROSCH:** Für die Sozialdemokratie war das ein Jahrhunderterfolg. Ältere haben damals vor Freude Tränen vergossen. Der Wahlerfolg von Bruno Kreisky kam nicht von selbst. Kreisky hat zuvor viele Hindernisse beseitigt. Er hat zum Beispiel ein neues Verhältnis zur Kirche und den Habsburgern geschaffen, die 1968er-Proteste geschickt aufgefangen und eine moderate Oppositionspolitik betrieben. Dazu kamen viele zukunftsorientierte Programme für ein modernes Österreich, etwa das Wirtschaftsprogramm. **Wie ist Ihre Einschätzung der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970?**

**DR. HANNES ANDROSCH:** Die ÖVP-Regierung unter Bundeskanzler Josef Klaus, die seit 1966 mit absoluter Mehrheit allein regiert hatte, hat ihre Chancen nicht genutzt. Zugleich hat sie ihren



Androsch erinnert sich im VN-Gespräch an die Ära Kreisky, die er mitgeprägt hat.

FOTO: ZELHOFER

Wahlerfolg von 1966 völlig missverstanden. Das war nämlich kein Sieg der ÖVP, sondern eine Niederlage der SPÖ, die unter anderem für die Vorgänge um die Schiffs-taufe in Fußach oder den Umgang mit dem früheren Innenminister Franz Olah abgestraft wurde. Das haben auch alle darauf folgenden Wahlen gezeigt. Dazu kam noch die Arroganz der ÖVP-Politiker Josef Klaus und Hermann Withalm gegenüber der Freiheitlichen Partei, die schließlich eine SPÖ-

FPÖ-Minderheitsregierung ermöglichte.

**Und Kreisky?**

**DR. HANNES ANDROSCH:** Kreisky hat im Gegensatz dazu seinen Erfolg sehr gut nützen können. Er hat Österreich auf die Überholspur gebracht, das Land wurde international anerkannt, modern, zukunftsorientiert, liberal und hatte eine Bedeutung, die weit über seine geografische Größe hinausging. Das alles hat das Land bis heute geprägt und nicht eine alpin-woodoo-liberale Ausrichtung

von Schüssel, Haider oder Grasser mit allen Amigo-Connections.

**Es gibt auch die Meinung, die Ära Kreisky sei eine Zeit der großen Schulden gewesen.**

**DR. HANNES ANDROSCH:** In elf Budgets, die große Investitionen enthalten haben, habe ich die Staatsschulden von 3,4 Mrd. Euro auf 21,4 Mrd. Euro ausgeweitet. Heute haben wir 190 Mrd. Euro Schulden, dazu kommen noch fast 30 Mrd. Euro für aus dem Budget ausgelagerte Schulden. Dass unsere

Zeit eine Zeit der großen Verschuldung war, ist eine Propagandabehauptung, die die SPÖ nach unserer Zeit nicht bekämpft hat und die sie sich propagandistisch auf den Kopf fallen ließ.

**Wie war Ihr Verhältnis zu Vorarlberg?**

**DR. HANNES ANDROSCH:** Es war immer ein Anliegen von Kreisky und von mir zu zeigen, dass die Vorarlberger ein wichtiger Teil Österreichs sind. Ich hatte immer viele Kontakte zu Vorarlberg und zu seiner Wirtschaft, als Finanzminister und dann auch noch als Generaldirektor der CA, die es ja heute leider nicht mehr gibt. Die CA-Landesdirektion in Vorarlberg war ein ganz wichtiger Teil der CA.

**Welche Vorarlberger Politiker sind Ihnen in besonderer Erinnerung geblieben?**

**DR. HANNES ANDROSCH:** Ich erinnere mich noch sehr gut an den früheren Landesfinanzreferenten und Statthalter Rudolf Mandl, mit dem ich zahlreiche Verhandlungen über den Finanzausgleich geführt hatte, den Bregenzer Bürgermeister Fritz Mayer und viele Bürgermeister z. B. aus dem Bregenzerwald und dem Klostertal. Wir haben damals in fünf Jahren den Arlberg-Straßentunnel gebaut und die Arlberg-Schnellstraße ist bis heute noch nicht fertig, aber das ist ein Vorarlberger Problem.

VN-EE

KOMMENTAR

**Ute Sassadeck**



## Zwei Mal Wende

**K**aum haben wir das Denken an die radikale politische Wende vom 4. Februar vor zehn Jahren hinter uns, ist schon wieder ein schicksalsträchtiges Wendejahr in aller Munde: 1970. Damals, und zwar exakt heute vor 40 Jahren, hatte Bruno Kreiskys SPÖ bei NR-Wahlen erstmals mehr Stimmen erhalten als die ÖVP, die seit 1945 stärkste Partei gewesen war und den Kanzler gestellt hatte. Jetzt wurde Kreisky der erste SPÖ-Kanzler und veränderte das Land von Grund auf.

Wer damals schon erwachsen war, wird es bestätigen: Am 1. März 1970 hat die Bevölkerung per Stimmzettel das Land total verändert, indem sie überraschend dem Juden und Sozialisten Kreisky das Land anvertraute. Und der neue Kanzler ging den Umbau des Landes mit rasanter Geschwindigkeit an. Man hatte das Gefühl, er habe Fenster und Türen geöffnet, um alle Frühlingsluft der weiten Welt nach Österreich hereinzulassen. Es war ein unglaublich befreiendes Gefühl, das all jene heute am ehesten nachempfinden können, die Barack Obamas Wahl zum US-Präsidenten aus tiefstem Herzen begrüßt haben.

Hauptbaumeister der gesellschaftspolitischen Veränderungen Österreichs war Kreiskys Justizminister Christian Broda, dem vor allem die Frauen des Landes unendlich viel zu verdanken haben, denn er schuf (übrigens unter tatkräftiger Mithilfe des ÖVP-Justizsprechers Hauser) ein ganz neues Familienrecht. Eines, das erstmals zur Kenntnis nahm, dass Frauen eigenständige und nicht vom Manne abgeleitete Menschen sind.

ute.sassadeck@medienhaus.at

## BZÖ: Ausländer-Check

**WIEN.** Neuerungen in der Zuwanderungspolitik fordert das BZÖ und schlägt einen „Ausländer-Check“ vor. „Von den Guten können wir nur die Besten brauchen“, und von diesen auch nur so viele, wie die Wirtschaft verträgt,

erklärte BZÖ-Parteiboss Buchner. Nur jene dürften zum Zug kommen, „die gewissen Kriterien“ entsprechen. Diese Kriterien könnten unter anderem die deutsche Sprache oder ein fixer Job sein, so Buchner.

## Bei Mendsdorff wird weiter ermittelt

**STAATSANWALTSCHAFT.** Die Staatsanwaltschaft Wien empfiehlt laut „profil“ die Weiterführung der Ermittlungen gegen Rüstungslobbyist Mendsdorff-Pouilly. Staatsanwaltschaftssprecher Jarosch betonte aber, dass eine Entscheidung noch nicht getroffen sei. Man warte noch auf Unterlagen aus Großbritannien. Dort war ein Korruptionsverfahren gegen Mendsdorff-Pouilly nach Strafzahlungen des Rüstungskonzerns BAE Systems eingestellt worden.

## Justiz: nur drei Weisungen

**WIEN.** Die Zahl der Weisungen des Justizministeriums an die Staatsanwaltschaft ist 2008 drastisch zurückgegangen. Das zeigt ein aktueller RH-Bericht. Demnach erteilte das Ministerium 2006 noch österreichweit 18 Weisungen, 2007 waren es 22, 2008 ergingen nur noch drei Weisungen. Vorangegangen war eine Gesetzesänderung, wonach Ministerweisungen im Akt- und damit für alle Prozessparteien einsehbar - vermerkt werden müssen.

## Rosenkranz kandidiert für FPÖ

**Strache: „Klares Angebot“ an die ÖVP-Wähler – FPÖ-Chef verzichtet**

**WIEN.** Die FPÖ schickt Barbara Rosenkranz (51) als Kandidatin in die Bundespräsidentenwahl, sie will damit „den ÖVP-Wählern ein klares Angebot“ machen. Das gab Parteichef Heinz-Christian Strache via „Kronen Zeitung“ bekannt. Er selbst verzichtet auf eine Kandidatur und will sich dem Wiener Landtagswahlkampf widmen.

Mit Rosenkranz, niederösterreichische FP-Landesobfrau und zehnfache Mutter, habe man „jedenfalls die ideale Kandidatin für dieses Amt“. Sie sei ein Signal an bürgerliche Wähler, so Strache, der kein Verständnis für den Verzicht der ÖVP auf einen eigenen Kandidaten zeigt. „Die Freiheitlichen werden die Hofburg der SPÖ nicht kampfflos überlassen“, betonte er.

Die Kandidatur von Rosenkranz muss noch vom Bundesparteivorstand morgen, Dienstag, bestätigt werden, dann soll gleich der Wahl-



Heinz-Christian Strache will sich auf die Wiener Wahlen konzentrieren und schickt Barbara Rosenkranz ins Rennen um die Hofburg.

FOTO: APA

kampf starten. Strache ließ keinen Zweifel daran, dass dabei aus seiner Sicht „die von der SPÖ ungelöste Zuwanderungsfrage ein dominierendes Thema wird“. Sich selbst sieht der FP-Chef den Wienern im Wort, er will bei

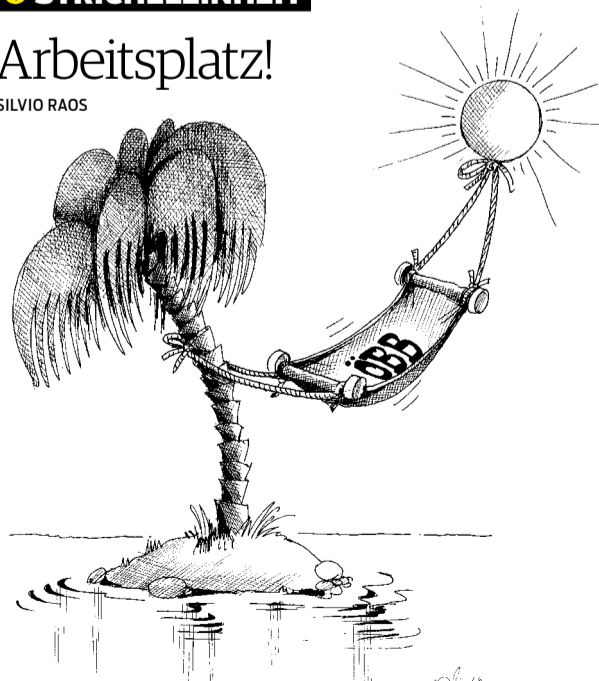
den „wichtigsten Wahlen des Jahres“ um das Amt des Bürgermeisters kämpfen.

Rosenkranz wollte auf Anfrage vor dem Vorstandsbeschluss am Dienstag keine Stellungnahme zu ihrer Kandidatur abgeben.

## ➔ STRICHELEINHEIT

### Arbeitsplatz!

SILVIO RAOS



RAOS-KARIKATUREN.AT

## Asylverfahren belasten das Höchstgericht

**WIEN.** Der Präsident der Verfassungsgerichtshofs, Gerhart Holzinger, kritisiert, dass die Bundesregierung bei der geplanten Reform der Verwaltungsverfahren auf das Höchstgericht vergesse. Der Verfassungsgerichtshof gehe in Asylverfahren unter, die schon mehr als die Hälfte der Fälle ausmachen, so Holzinger. Die Zahl der Fälle, die beim Verfassungsgerichtshof landen, hätte sich 2009

mit 5500 mehr als verdoppelt. „Das ist sicher weltweit einzigartig“, erklärt Holzinger. Man könne deshalb auf Dauer die Kernaufgaben wie Prüfung der Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit nicht so wahrnehmen wie es wünschenswert wäre, meint Holzinger. Er fordert die Einbindung des Asylgerichtshofs im neuen Konzept und auch eine vorbeugende Verfassungskontrolle von Gesetzen.



VFGH-Präsident Holzinger: Regierung hat bei der geplanten Reform bei Verwaltungsverfahren auf das Höchstgericht vergessen.

FOTO: REUTERS